

Wehrpflicht ade – tut Scheiden weh?

Heike Imhof-Rudolph

Großer Zapfenstreich und Schwur aufs Vaterland, zuletzt gesehen bei der Verabschiedung von Horst Köhler, ausgestrahlt ins heimische Wohnzimmer: Da konnte es einem schon warm ums Herz werden, wo wir doch ein eher distanzierendes Verhältnis zu staatstragenden Menschaufmärschen in Uniform haben. Aber wie viel Bundeswehr braucht das Land? Und wozu? Das primäre Ziel der Bundeswehr, die Landesverteidigung, ist ein genauso antiquierter Begriff wie ihre Struktur, an deren Veränderungen sich schon die letzten Minister der Verteidigung abgearbeitet haben.

Im Jahre 20 nach der Einheit gibt es eine veränderte Realität: Kriegerische Auseinandersetzungen um Macht, Geld und Einfluss wurden exterritorialisiert und privatisiert. Die militärische Bedrohung verschwand weitestgehend aus den Augen, aus dem Sinn. Diskutieren wir heute über den Sinn der Wehrpflicht, nämlich den der Konfliktbewältigung und Friedenserhaltung, wird es morgen schon über die militärisch-ökonomische Logik des Militärs als private Dienstleister sein, die ihre Existenz dem Krieg und gewaltsamen Konflikten verdanken.

Diente die Wehrpflicht dazu, die Demokratie als verteidigungswürdiges Gut erscheinen zu lassen, ist sie heute verkommen als Generierungsmaschine für billige soziale Dienstleister. Der Zivildienst ist zum unverzichtbaren Bestandteil des sozialen, privaten Dienstleistungsgewerbes sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes geworden, was sich am Aufschrei der Sozialverbände ermaßen ließ. Für die meisten Ersatzdienst- und Wehrdienstleistenden ist sie ein verzichtbarer Teil ihrer Biografie. Der geplante Abschied von der Wehrpflicht ist ein gesamtgesellschaftlicher materieller und für einige wenige – ideeller Verlust. Ist die Herabsetzung des Grundwehrdienstes auf ein halbes Jahr schon der Anfang vom Ende, kommt die Aussetzung der Wehrpflicht ihrer Abschaffung gleich. Die stetig gewachsene Zahl der Ausgemusterten hatte die Wehrpflicht ohnehin so aufgeweicht, dass sie jetzt schon keine mehr war. Mit Wehrgerechtigkeit hatte das nichts mehr zu tun.

In der öffentlichen Wahrnehmung hatte die bisher stattgefundene Transformation der Streitkräfte keinen nennenswerten Niederschlag gefunden. Abgesehen von gelegentlichen medialen Aufschreien bei

Standortschließung als lokales Großereignis, ist die unter Verteidigungsminister a. D. Rudolf Scharping angestoßene Bundeswehrstrukturreform wenig bis gar nicht kommuniziert worden. Umso heftiger das Erwachen, als Verteidigungsminister a. D. Peter Struck seine „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ im Dezember 2002 anhand des deutschen Afghanistaneinsatzes erklärte. Wir erinnern uns: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Während sich einige heute noch den Sand aus dem verteidigungspolitischen Dornröschenschlaf reiben, schaffen Kommissionen und ressortübergreifende Arbeitsgruppen Fakten. Es wird zu einer Entlassungswelle kommen, denn die durch die Umstrukturierung geplanten Personaleinsparungen werden nicht durch natürliche Auslese realisiert werden können. Bleiben oder gehen – während im Bereich der unteren Dienstgrade ein hoher Personalbedarf entstehen wird, reduziert sich für die höheren Chargen der Dienst am Vaterland auf ein Rechenexempel, das den Steuerzahler teuer zu stehen kommen wird. Schmilzt das öffentliche Interesse an den Streitkräften wie Eis in der Sonne, bedarf es umso mehr markiger Sprüche, um qualifiziertes Personal für eine verlässliche, berufliche Perspektive zu werben. Wenn dann noch der demografische Faktor machtvoll zuschlägt, reicht ein Blick in die Berufsarmeen der europäischen Nachbarn und es drängt sich die Frage auf, ob das ein multikultureller Testlauf für die traditionellste aller deutschen Institutionen sein soll. Oder spiegelt sie einfach nur die deutsche Realität, um die so heftig diskutiert wird? Bei der Professionalisierung der spanischen Streitkräfte wurden Anwerbkriterien verändert: Die Staatsbürgerschaft als Bedingung abgeschafft, gesundheitliche Voraussetzungen gelockert, das Bewerbungsalter hochgesetzt und der Wert des Intelligenzeingangstests herabgesetzt. Damit erweiterte sich der Kreis der Bewerber erheblich und – als Nebeneffekt – entspricht der Ausländeranteil in den spanischen Streitkräften dem in der Bevölkerung. Aber damit hat sie sich nicht abgeschafft, sondern eine mobile, professionalisierte und an die gegenwärtigen Einsätze angepasste Truppe geschaffen.

Wehrpflicht ade! Die Erfahrungsdichte unserer zukünftigen – in Sicherheits- und Verteidigungsfragen ohnehin unterbelichteten – Parlamentarier wird noch geringer werden, als bei denjenigen, die zumindest schon mal in Knobelbechern im Schlamm gerobbt sind und sich dabei gefragt hat, wofür sie das tun. 🌐



Heike Imhof-Rudolph,
geb. 1957, Redakteurin
WeltTrends.
h.imhof-rudolph@welt-
trends.de